

## Antrag

der Abgeordneten **Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild, Christian Flisek, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Florian von Brunn, Ruth Müller, Arif Tasdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster SPD**

### **Der Arbeits- und Fachkräftemangel in Bayern ist eine lösbare Aufgabe IV – Für eine bayerische Weiterbildungsstrategie**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Transformation des Wirtschaftsstandortes Bayern gezielt zu begleiten und insbesondere für das Thema Weiterbildung wichtige politische Weichen zu stellen. Flankierend zur Weiterbildungsstrategie der Bundesregierung gilt es daher, eine bayerische Weiterbildungsstrategie auf den Weg zu bringen, um alle Beschäftigten in Bayern für das Thema zu sensibilisieren. Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert:

- Ein Bildungsfreistellungsgesetz in Bayern auf den Weg zu bringen
- Einen KMU-Transformationsfonds einzurichten, um kleine Betriebe bei der Weiterbildung ihrer Mitarbeiter:innen finanziell zu unterstützen
- Die Berufsschulen als zweite Bildungsorte gezielt zu stärken

#### **Begründung:**

Neben der demografischen Entwicklung führen vor allem die Digitalisierung und auch die Dekarbonisierung in zahlreichen Branchen und Unternehmen zu massiven Umbrüchen. Einige Arbeitsplätze wandeln sich stark, andere fallen weg, neue kommen hinzu. Nach einer von der SPD-Landtagsfraktion in Auftrag gegebenen Arbeitskräfteprojektion der bayerischen Arbeitsmarktregionen sind bis zum Jahr 2040 1,2 Millionen Arbeitsplätze in Bayern von Umwälzungen betroffen. 530.000 Arbeitsplätze werden wegfallen – demgegenüber werden rund 630.000 Arbeitsplätze neu hinzukommen.

Sowohl Unternehmen als auch Beschäftigte müssen mit diesen Veränderungen Schritt halten, auch sie müssen sich verändern und anpassen. Die Politik hat es in der Hand, hier unterstützende Weichen zu stellen, denn Beschäftigungssicherung und Fachkräftesicherung bedingen sich gegenseitig – das zentrale Element heißt Qualifizierung. Bayerns Unternehmen und Beschäftigte müssen von der Politik begleitet werden, um den Industriestandort Bayern und die damit verbundenen Arbeitsplätze zu sichern: Weiterbildung ist fast überall notwendig – auch mit einem Berufsabschluss hat niemand ausgelernt.

---

VorAn - Dokument - ID: 168585 eingereicht von Opitz, Jacqueline am 24.04.2023 - 14:29

1

SPD

Status: eingereicht seit 24.04.2023 - 14:29

Ersterfasser: Katharina Schmidt

Aufgabe der Politik ist es, Bayerns Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezielt für das Thema Weiterbildung zu sensibilisieren. Dies gilt insbesondere für Menschen ohne Berufsabschluss, beziehungsweise für Menschen, die einfache Tätigkeiten ausüben, da Studien zeigen, dass gerade sie von der Teilnahme an Weiterbildungsangeboten profitieren können, diese bislang jedoch vergleichsweise wenig nutzen.

Auch kleinere Betriebe tun sich hinsichtlich der Weiterqualifizierung ihrer Beschäftigten häufig schwerer, da die Teilnahme an einer Qualifikationsmaßnahme häufig auch eine finanzielle Frage ist. Abhilfe könnte hier die Einrichtung eines KMU-Transformationsfonds schaffen, der durch finanzielle Unterstützung die Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen gezielt fördert.

Die Einführung eines Bildungsfreistellungsgesetzes in Bayern wäre flankierend ein wichtiger Schritt hin zu einer Weiterbildungskultur in Bayern. Denn die regelmäßige Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen würde das Thema gewinnbringend im Berufsalltag verankern. Eine kontinuierliche Weiterbildung von Beschäftigten kann zudem dazu beitragen, Arbeitsverhältnisse zu stabilisieren und Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Um weite Berufsabstände zu überbrücken, reicht Weiterbildung häufig nicht aus; vielmehr ist hier eine zweite Ausbildung notwendig. Eine wichtige Rolle beim Thema zweite Ausbildung könnten vor allem die Berufsschulen als die zentralen Lernorte der beruflichen Bildung spielen. Entsprechend wäre es jedoch notwendig, die Berufsschulen finanziell und personell besser auszustatten, um sie in die Lage zu versetzen, die zusätzlichen Aufgaben erfüllen zu können.